

PRESSEMITTEILUNG

Dienstag, 07. November 2023



Kommunaler ÖPNV benötigt dringend Unterstützung von Bund und Land

Erneuter hoher Anstieg der Tarife im AVV trägt nicht zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV bei

Ein erschwinglicher öffentlicher Personennahverkehr für alle Menschen ist die Basis einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Verkehrspolitik der Zukunft. Um diesem wichtigen Ziel näher zu kommen belässt die Stadt Augsburg jährlich rund 45 Mio. € in den swa Verkehr und zahlt rund 6 Mio. € laufenden Zuschuss an den AVV. Die Preissteigerung im AVV von 12,7% zum 1.1.2024 ist dementsprechend ein schwerer Schlag für alle Nutzenden, die sich ohne Deutschlandticket oder Auto bewegen. Um ihr Verkehrsangebot trotz der explodierten Energie- und Kraftstoffkosten im Zuge des Ukraine-Krieges auch künftig weiter aufrechterhalten zu können, bleibt dem Augsburger Verkehrs- und Tarifverbund jedoch keine andere Wahl.

Dazu die beiden Augsburger Fraktionsvorsitzenden Leo Dietz von der CSU und Peter Rauscher von Bündnis 90 / Die Grünen: „Menschen befördern muss die oberste Prämisse im ÖPNV sein, auch um unsere Klimaziele einzuhalten. Dazu benötigen wir ein so attraktives Angebot, dass noch deutlich mehr Menschen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen. Zu einem dauerhaften Wechsel brauchen die Fahrgäste einen zuverlässigen ÖPNV mit dichter Taktung und bezahlbare Preise - die drastischen Tarifierhöhungen im AVV widersprechen diesen Zielen. Zum Glück federt das Deutschlandticket diese Problematik an vielen Stellen ab. Dabei ist es ein wichtiges Zeichen, dass sich Bundesregierung und Bundesländer nun auf eine Fortführung in 2024 verständigt haben. Auch die Stadt Augsburg unterstützt ihre Beschäftigten und Azubis im Rahmen des Jobtickets. Viele Städte, wie auch Augsburg, warten leider weiterhin darauf, dass Verkehrsminister Volker Wissing den angekündigten "Modernisierungs- und Ausbaupakt" im ÖPNV umsetzt. Das wichtige sowie ambitionierte Ziel der bayerischen Staatsregierung, die Fahrgastzahlen zu verdoppeln, ist nur realistisch, wenn den Kommunen auch die dazu nötigen Gelder durch den Freistaat zur Verfügung gestellt werden. Bund und Land müssen jetzt konkret werden und die versprochenen Weichenstellungen umsetzen, damit wir in Zukunft mehr Menschen nachhaltig mobil machen. Während der Freistaat Bayern im Münchner MVV als Gesellschafter fungiert, müssten hier im AVV die Stadt und die

Landkreise die Mehrkosten im Falle einer geringeren Tarifierhöhung unter sich aufteilen und dies einstimmig beschließen. Angesichts der kommunalen Haushaltslage lassen sich im AVV dafür zurzeit keine Mehrheiten finden.“